



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 66. Ratssitzung vom 8. November 2023

2458. 2023/68

Postulat von Dominik Waser (Grüne) und Serap Kahrman (GLP) vom 08.02.2023: Abgabe der Personalhäuser beim Triemli für ein Projekt einer klimagerechten Genossenschaft

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Serap Kahrman (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1395/2023): *Erst vor kurzem sagte der Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung Johan Rockström passend zum heutigen Postulat: «Die Erde ist ein Patient, dem es nicht gut geht. Der Druck auf den Planeten nimmt weiter zu, dabei werden lebenswichtige Belastungsgrenzen überschritten. Wir wissen nicht, wie lange wir entscheidende Grenzen derart überschreiten können, bevor die Auswirkungen zu unumkehrbaren Veränderungen und Schäden führen.» Die planetare Belastungsgrenze des Klimawandels wurde überschritten. Das heisst, dass die Widerstandsfähigkeit unseres Planeten schwindet. Ernährung, Wohnen und Mobilität tragen am meisten zur Überschreitung bei. Wie bereits in der letztjährig eingereichten Motion erwähnt, ist es darum notwendig, dass wir nach neuen Wohnungsformen suchen und solche austesten, die klimafreundlich sind. Die Triemli-Hochhäuser sind für ein solches Projekt bestens geeignet. Die Räume sind kleinteilig mit relativ wenig Wohnfläche pro Person, was sehr positiv ist. Denn je grösser der Wohnraum pro Person ist, desto grösser ist der Energieverbrauch. Langfristig gesehen bedeutet ein kleiner Wohnraumbedarf mehr Erholungsraum, da weniger Landfläche verbraucht werden muss. Es gibt genügend Gemeinschaftsräume und Aussenräume. Auf dem Areal hat es ausserdem Platz, um ein Klimazentrum zu entwickeln, damit die Art und Weise des neuen Wohnens der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Wir wollen betonen, dass nicht alle drei Hochhäuser für ein klimagenossenschaftliches Projekt abgegeben werden sollen. Es würde ausreichen, ein Hochhaus für dieses Projekt haben zu können. Das Postulat dient als Prüfauftrag. Bei der weiteren Diskussion über die Zukunft der Triemli-Hochhäuser soll der Stadtrat auch diese Möglichkeit in Betracht ziehen.*

Walter Anken (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 5. April 2023 gestellten Ablehnungsantrag: *Es geht um eine klimagerechte Genossenschaft. Einmal mehr befinden sich die Grünen auf dem Angstmacher-Trip: Die Welt geht unter. So sehen wir es natürlich nicht. Als Student wohnte ich in diesen Hochhäusern. Ich hatte das oberste Zimmer und eine meiner Freuden war, Brotkrümel auf das Fenstersims zu streuen und den Spatzen zuzusehen. Dabei hatte ich einen Panoramablick über die gesamte Stadt. Es sind kleine Zimmer, die Duschen und WC befanden sich auf dem Gang und täglich kam eine Putzfrau. Das Beste daran war, dass die Abfallsäcke per Schacht entsorgt wurden. Die SVP stimmte dafür, dass die Personalhäuser nicht abgebrochen werden. Uns ärgerte, dass man während einer massiven Wohnungsnot drei*



Hochhäuser mit 750 Zimmern abreißen wollte. Die Wohnungsnot ist nach wie vor viel wichtiger als die ganze Klimageschichte. Noch unsinniger ist der Abbruch, wenn man sich vorstellt, dass während zehn bis fünfzehn Jahren auf dem Gebiet nichts gebaut werden soll und welche graue Energie beim Abbruch entsteht. Mit einer klimagerechten Genossenschaft verfolgen die Grünen nur eigene Interessen, indem sie ihre Klientel dort unterbringen wollen. Die SVP will keine Hippie-Kommune in den Personalhäusern. Wir wollen eine durchmischte Bevölkerung, wie die Gesellschaft auch ist. Sonderbar ist die Aussage im Postulat, dass man mit «geringen baulichen Eingriffen» eine klimagerechte Genossenschaft kreieren könne. Der Stadtrat sagte, dass es massive Eingriffe in die Gebäude brauche, denn sie seien nicht isoliert. Sie haben ausserdem Brandschutz-Mängel. Diese Investitionen müssen getätigt werden. Wir sind für diese Investitionen, weil die Wohnungen nach wie vor wichtig sind. Die Grünen können mir nicht erzählen, dass sie am Klima interessiert sind. Sonst würden sie sich andere Gebäude suchen, die sauber isoliert sind und nicht so viel Öl verbrennen. Dazu kommt, dass die Grünen froh um die Masseneinwanderung sind. Ihr müsst nun an der Wohnungsnot leiden und – wie ich momentan – mit 200 zu 300 anderen für Wohnungsbesichtigungen anstehen. Wir kämpfen gegen die massive Zuwanderung, die die Wohnungspreise in die Höhe treibt.

Weitere Wortmeldungen:

Deborah Wettstein (FDP): *Das Postulat tönt fürs Erste gut. Die Rede ist von weniger Ressourcenverbrauch, klimagerechtem Wohnraum und weniger grauer Energie. Schaut man genauer hin, erkennt man aber den Wolf im Schafspelz. Man will sich selbst ein Haus, respektive ein Ensemble von Häusern schenken. Die Häuser sollen einer Genossenschaft zur Verfügung gestellt werden. Der Zufall will es, dass einer der Postulanten, Dominik Waser (Grüne), die IG Klimagenossenschaft gründete. Er schreibt auf der Homepage, dass sie die Personalhäuser am Triemli brauchen wollen. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Anstatt sich zu organisieren, eine Stiftung zu gründen und Kapital aufzutreiben, geht man in den Gemeinderat und schantzt sich und seinen Freunden ein Gebäude zu. Das ist unverfrorene Klientelpolitik. Wenn man es schärfer formulieren will, grenzt das an Vetternwirtschaft zugunsten von ein paar Aktivisten. Die FDP begrüsst Aktivismus und Engagement. Aber das heisst auch, dass man sich bewegt und organisiert und das notwendige Kapital beschafft. Es braucht eine seriöse Eigenleistung und nicht schlicht ein paar lustige Vorstösse. Die Träume von Einzelnen auf Kosten des Steuerzahlers zu ermöglichen, lehnen wir entschieden ab. Noch viel unverständlicher ist, dass sich die GLP dafür wie ein naives Schulkind über den Tisch ziehen lässt.*

Anjushka Früh (SP): *Die SP-Fraktion wird den Vorstoss ablehnen. Wir wollen nicht einschränkend einen genauen Ort für die Klimagenossenschaft festlegen, sondern eine allgemeine Prüfung eines geeigneten Orts. Die Beschränkung auf die Triemli-Hochhäuser scheint uns nicht angezeigt. Es ist unseres Erachtens fraglich, ob es der richtige Ort für die Klimagenossenschaft wäre. Der Raum wird mittelfristig vom Spital gebraucht. Aufgrund der ökologischen Ausrichtung der Klimagenossenschaft ist ein vorübergehender Ort, wo verschiedenste bauliche Massnahmen notwendig sind, weniger sinnvoll. Die Klimagenossenschaft ist aus der ökologischen Perspektive auf Langfristigkeit ausgerichtet. Das beisst sich. Ich frage mich auch, ob mit den Triemli-Hochhäusern nicht zu gross*



gedacht wird, ob überhaupt genug Interesse besteht, um den gesamten Raum füllen zu können. Wir sollten nicht in den Ideenwettbewerb der Zürcher Arbeitsgruppe für Städtebau eingreifen. Es wurden rund fünfzig Ideen eingereicht, viele davon sind interessant. Die Stadt hat grosses Interesse am Resultat des Ideenwettbewerbs.

David Ondraschek (Die Mitte): Zu behaupten, dass mich das vorliegende Postulat be-
glückt, wäre eine Notlüge, zumal es sich um eine operative Umsetzung handelt. Das An-
liegen können wir inhaltlich nachvollziehen und unterstützen die Prüfung des Postulats.

Michael Schmid (AL): Anjushka Früh (SP) sagte, dass ihr keine Einschränkung wollt.
Wenn ihr aber Nein stimmt, sagt ihr etwas anderes. Das Postulat ist ein Prüfauftrag und
ein Nein bedeutet, dass der Stadtrat nicht prüfen soll, ob es ein geeigneter Standort sein
kann. Es müssen nicht alle drei Hochhäuser der Genossenschaft abgegeben werden.
Deborah Wettstein (FDP) hat sich geärgert, dass man sich nicht um die Beschaffung von
Kapital bemühe. Im Postulat steht nichts von einer gratis Abgabe. Bei einem Verkauf
oder einem Nutzungsvertrag muss das entsprechende Kapital aufgebracht werden. Ich
sehe auch nicht, warum sich die Genossenschaften davor drücken sollten. Die Sanie-
rungskosten hängen von der Nutzung ab. Die vom Stadtrat veranschlagten, sehr hohen
Sanierungskosten wurden für eine sehr allgemeine Nutzung errechnet. Die grossen Pos-
ten sind die Brandschutzmassnahmen. Dort kommt es sehr auf die Nutzung an. Gerade
bei Wohnnutzungen ist die Küche ein grosser Faktor. Mit einer solchen Genossenschaft,
in der nicht in jedem Haushalt eine eigene Küche vorhanden sein muss, ermöglicht das
einen deutlich günstigeren Umbau. Das sollte bei der Prüfung berücksichtigt werden.

Serap Kahrman (GLP): Es ist ein Prüfauftrag. In den Ideenwettbewerb kann aufgenom-
men werden, das mitzuprüfen. Es wäre nicht schwierig. Es scheint einfacher, eine Motion
einzureichen, die dem Stadtrat einen Prüfauftrag erteilt, statt sich hierfür zu entscheiden.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es soll ein Prüfauftrag sein. Es ist aber ganz klar ein
normativer Prüfauftrag, der an die Erwartungshaltung geknüpft ist, dass man es am Ende
umsetzt. Man darf nicht naiv sein. Nachdem ich im letzten Traktandum beinahe zum Hy-
pochonder wurde vor lauter Ansteckungsmöglichkeiten, fiel mir die Klimadecke endgültig
auf den Kopf. Es ist sagenhaft, welcher Alarmismus betrieben wird. Walter Anken (SVP)
schilderte die Zustände sehr schön. Dass das für Klimaexperimente nicht geeignet ist,
darin sind wir uns eigentlich einig. Wahrscheinlich wird dort ein Labor eingerichtet, wo
Experimente gemacht werden können, wie das die GLP befürwortet. Wir haben anderes
zu tun, als solche Experimente zu unterstützen und finanzieren. Ich bin mir sicher, dass
es in der Genossenschaft strikte Regelungen geben wird, ein Auto wird man nicht haben
dürfen. Es wird einem wohl vorgeschrieben, was man essen darf. Es wäre eine diktatorial
ausgerichtete Genossenschaft, das müssen wir nicht prüfen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements
Stellung.

STR Andreas Hauri: Die Personalhäuser im Triemli sind gefühlt die begehrtesten Häu-
ser der Stadt. Alle haben viele gute Ideen, was man mit den Häusern machen sollte oder



4 / 4

könnte. Wir arbeiten bereits am Vorstoss, in dem es um die Prüfung einer Überführung in eine Zwischennutzung geht. Wir zeigten in der Kommission auf, wie wir die Abklärungen machen und wie die weiteren, noch laufenden Schritte aussehen. Im Moment prüfen wir intern, welchen Raumbedarf es innerhalb der Stadtverwaltung für eine geeignete Zwischennutzung gibt. Andererseits werden wir überprüfen, welche alternativen Möglichkeiten es gibt, allenfalls auch eine externe Vermietung. Eine klimagerechte Genossenschaft ist selbstverständlich auch eine Variante. Es ist aber keine einfache Variante und ich will nicht zu viel versprechen. Sie haben die Kosten der Sanierung der Türme gesehen. Die Kosten basieren hauptsächlich auf den notwendigen Sanierungen aufgrund der Vorgaben der Gebäudeversicherung. Meine Vorgabe ist primär, dass es einerseits durch den Betrieb der Zwischennutzung bis ins Jahr 2040 keine Einschränkungen für das Stadtspital geben darf. Auf der anderen Seite dürfen die Kosten des Stadtspitals nicht belastet werden. Eine weitere Herausforderung ist die Zeit. Wenn saniert wird, werden nicht mehr sehr viele Jahre für die Zwischennutzung zur Verfügung sein. Wir suchen Lösungen. Anfang 2024 wird der Stadtrat eine Zwischenentscheidung fällen, beziehungsweise sich für verschiedene Varianten entscheiden. Wenn wir eine Lösung für eine Zwischennutzung finden, dann bin ich dabei. Expecten Sie jedoch nicht zu viel. Es wird nicht nur sehr teuer werden, es ist auch sehr komplex für die kurze Zeit bis zum Jahr 2040. Wir nehmen das Anliegen als eine der Varianten entgegen; es ist bereits Teil einer der möglichen Ideen.

Das Postulat wird mit 47 gegen 68 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat